

Bundesgesetzblatt ¹⁷⁶¹

Teil I

Z 5702 A

1990

Ausgegeben zu Bonn am 25. August 1990

Nr. 43

Tag	Inhalt	Seite
20. 8. 90	Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres im bürgerlichen Recht 400-2, 310-4, 7833-3	1762
20. 8. 90	Fünfundzwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz – § 201 StGB (25. StrÄndG) 450-2	1764
20. 8. 90	Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte 368-1, 300-15, 363-1, 363-2	1765
20. 8. 90	Ernährungsvorsorgegesetz (EVG) neu: 780-6	1766
20. 8. 90	Zweites Gesetz zur Änderung des Ernährungssicherstellungsgesetzes 780-3	1770
31. 7. 90	Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 163 Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes auf das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen neu: 7631-1-14	1773
16. 8. 90	Verordnung zur Änderung der Butterverordnung und anderer milchrechtlicher Verordnungen 7842-8, 7842-1-7, 7842-9, 7842-2-8	1774
17. 8. 90	Sechste Verordnung zur Änderung der Wohngeldverordnung 402-27-1	1777
7. 8. 90	Berichtigung der Sechzehnten Verordnung zur Änderung der Milch-Garantiemengen-Verordnung 7847-11-5-5	1799

Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres im bürgerlichen Recht

Vom 20. August 1990

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Bürgerliche Gesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 400-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Juli 1990 (BGBl. I S. 1456), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Zweiten Abschnitts des Ersten Buchs erhält folgende Fassung:

„Zweiter Abschnitt. Sachen. Tiere.“

2. Nach § 90 wird folgender § 90a eingefügt:

„§ 90a

Tiere sind keine Sachen. Sie werden durch besondere Gesetze geschützt. Auf sie sind die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.“

3. Dem § 251 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die aus der Heilbehandlung eines verletzten Tieres entstandenen Aufwendungen sind nicht bereits dann unverhältnismäßig, wenn sie dessen Wert erheblich übersteigen.“

4. Dem § 903 wird folgender Satz angefügt:

„Der Eigentümer eines Tieres hat bei der Ausübung seiner Befugnisse die besonderen Vorschriften zum Schutz der Tiere zu beachten.“

Artikel 2

Die Zivilprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Mai 1990 (BGBl. I S. 926), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 765a Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Betrifft die Maßnahme ein Tier, so hat das Vollstreckungsgericht bei der von ihm vorzunehmenden

Abwägung die Verantwortung des Menschen für das Tier zu berücksichtigen.“

2. § 811 Nr. 14 wird gestrichen.

3. Nach § 811 b wird folgender neuer § 811 c eingefügt:

„§ 811 c

(1) Tiere, die im häuslichen Bereich und nicht zu Erwerbszwecken gehalten werden, sind der Pfändung nicht unterworfen.

(2) Auf Antrag des Gläubigers läßt das Vollstreckungsgericht eine Pfändung wegen des hohen Wertes des Tieres zu, wenn die Unpfändbarkeit für den Gläubiger eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der Belange des Tierschutzes und der berechtigten Interessen des Schuldners nicht zu rechtfertigen ist.“

4. Der bisherige § 811 c wird § 811 d.

Artikel 3

Das Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1986 (BGBl. I S. 1319), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Juni 1990 (BGBl. I S. 1080), wird wie folgt geändert:

Nach § 20 wird folgender neuer § 20a eingefügt:

„§ 20a

(1) Sind dringende Gründe für die Annahme vorhanden, daß ein Verbot nach § 20 angeordnet werden wird, so kann der Richter dem Beschuldigten durch Beschluß das Halten von sowie den Handel oder den sonstigen berufsmäßigen Umgang mit Tieren jeder oder einer bestimmten Art vorläufig verbieten.

(2) Das vorläufige Verbot nach Absatz 1 ist aufzuheben, wenn sein Grund weggefallen ist oder wenn das Gericht im Urteil ein Verbot nach § 20 nicht anordnet.

(3) Wer einem Verbot nach Absatz 1 zuwiderhandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. August 1990

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Björn Engholm

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Stoltenberg

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
I. Kiechle

Fünfundzwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz – § 201 StGB (25. StrÄndG)

Vom 20. August 1990

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Wort eines anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt nach öffentlich mitteilt.

Artikel 1

Änderung des Strafgesetzbuches

Das Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 945, 1160), zuletzt geändert durch Artikel 9 Abs. 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1163), wird wie folgt geändert:

Die Tat nach Satz 1 Nr. 2 ist nur strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.“

Artikel 2

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

§ 201 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt

1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
2. das nach Absatz 1 Nr. 1 aufgenommene oder nach Absatz 2 Nr. 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. August 1990

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Björn Engholm

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Stoltenberg

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Vom 20. August 1990

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 368-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. März 1990 (BGBl. I S. 479), wird wie folgt geändert:

1. § 113 a Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 wird nach dem Wort „Verteidiger,“ das Wort „Prozeßbevollmächtigter,“ eingefügt.
 - b) Die Sätze 3 und 4 werden aufgehoben.
2. § 116 wird wie folgt gefaßt:

„§ 116

Verfahren vor Gerichten
der Sozialgerichtsbarkeit

(1) Im Verfahren vor Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit erhält der Rechtsanwalt

1. vor dem Sozialgericht 80 bis 1 060 Deutsche Mark,
2. vor dem Landessozialgericht 100 bis 1 240 Deutsche Mark,
3. vor dem Bundessozialgericht 140 bis 2 060 Deutsche Mark.

(2) In Verfahren

1. nach § 51 Abs. 2 Satz 1 des Sozialgerichtsgesetzes,
2. auf Grund von Streitigkeiten zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts,
3. auf Grund von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und juristischen Personen des öffentlichen Rechts,
4. gegen Entscheidungen einer obersten Bundes- oder Landesbehörde in Angelegenheiten nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch sowie gegen Entscheidungen einer Landesbehörde nach § 122

Abs. 4 Satz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

werden die Gebühren nach dem Gegenstandswert berechnet. Die Vorschriften des Dritten Abschnitts gelten sinngemäß.

(3) In den Verfahren des Absatzes 1 erhält der Rechtsanwalt keine besonderen Gebühren nach den §§ 23, 24. Die Höchstbeträge des Absatzes 1 erhöhen sich statt dessen um 50 vom Hundert.“

Artikel 2

Aufhebung von Vorschriften

Mit Wirkung von 1. Juli 1992

1. werden die §§ 24 bis 26 der Hinterlegungsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-15, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 4 § 23 des Gesetzes vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2189) geändert worden ist, aufgehoben,
2. wird § 17 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 der Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 363-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 9. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2326) geändert worden ist, gestrichen,
3. wird Artikel 4 Abs. 1 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenrechts vom 7. August 1952 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 363-2, veröffentlichten bereinigten Fassung aufgehoben, soweit danach zu den Gebühren in Hinterlegungssachen ein Zuschlag erhoben wird.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am 1. September 1990 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. August 1990

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Björn Engholm

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Stoltenberg

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Ernährungsvorsorgegesetz (EVG)

Vom 20. August 1990

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Sicherung der Versorgung

(1) Ziel des Gesetzes ist die Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft (Erzeugnisse) für den Fall einer Versorgungskrise.

(2) Eine Versorgungskrise liegt vor, wenn die Deckung des Bedarfs an lebenswichtigen Erzeugnissen in wesentlichen Teilen des Bundesgebietes ernsthaft gefährdet ist und diese Gefährdung durch marktgerechte Maßnahmen nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln zu beheben ist.

(3) Erzeugnisse im Sinne dieses Gesetzes sind

1. die durch Bodenbewirtschaftung und Bodennutzung, insbesondere im Ackerbau, in der Grünlandwirtschaft, im Gemüse-, Obst-, Garten- und Weinbau, ferner durch Tierhaltung, Imkerei, Jagd oder Fischerei gewonnenen pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse einschließlich der Tiere und die durch Be- und Verarbeitung hergestellten Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel mit Ausnahme von Rohtabak und Tabakerzeugnissen, Kaffee, Kaffeemitteln und Kaffee-Essenzen mit einem Gehalt an Kaffee oder Koffein,
2. landwirtschaftliches Saat- und Pflanzgut einschließlich des Saat- und Pflanzgutes des Gemüse-, Obst-, Garten- und Weinbaus.

(4) Regelungen dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes gelten nicht für Zwecke der Verteidigung.

§ 2

Ermächtigungen

(1) Durch Rechtsverordnung können Vorschriften erlassen werden über

1. den Anbau von Nutzpflanzen und die Haltung von Tieren,
2. die Gewinnung, die Herstellung, die Erfassung, die Ablieferung, die Lieferung, den Bezug, die Zuteilung, die Verwendung, die Verlagerung, die zeitliche und räumliche Lenkung, die Bearbeitung, die Verarbeitung, die Verpackung und die Kennzeichnung der Erzeugnisse,
3. die Beschaffenheit der Erzeugnisse,
4. das Verbot der gewerbsmäßigen Abgabe der Erzeugnisse für höchstens 48 Stunden,
5. die Festsetzung von Preisen, Kostenansätzen, Handelsspannen, Bearbeitungs- und Verarbeitungsspannen sowie Zahlungs- und Lieferungsbedingungen für Erzeugnisse,

6. die vorübergehende Umstellung von Betrieben der Ernährungswirtschaft,

7. Meldepflichten für Betriebe der Ernährungs- und Landwirtschaft,

8. Auskunftspflichten für Betriebe der Ernährungs- und Landwirtschaft zur Vorbereitung von Rechtsverordnungen nach den Nummern 1 bis 6,

soweit es zur Sicherung der Versorgung im Falle einer Versorgungskrise erforderlich ist.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bearbeitung, die Verarbeitung, die Zuteilung, die Lieferung, den Bezug und die Verwendung von Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft, die ausschließlich zur Herstellung von Waren der gewerblichen Wirtschaft dienen oder zu diesem Zweck von den nach diesem Gesetz zuständigen Behörden freigegeben worden sind.

(3) Die Rechtsverordnungen sind auf das unerläßliche Maß zu beschränken. Sie sind inhaltlich so zu gestalten, daß in die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit der Beteiligten so wenig wie möglich eingegriffen und die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft möglichst wenig beeinträchtigt wird.

§ 3

Rechtsverordnungen

(1) Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes erläßt die Bundesregierung. Sie kann diese Befugnis durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates auf den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) übertragen; dies gilt nicht für die Feststellung der Bundesregierung nach Absatz 2 Satz 1.

(2) Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes dürfen nur angewendet werden, wenn die Bundesregierung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates festgestellt hat, daß eine Versorgungskrise eingetreten ist. Die Bundesregierung hat die Versorgungskrise unverzüglich durch Rechtsverordnung für beendet zu erklären, wenn die Voraussetzungen für ihre Feststellung nicht mehr gegeben sind. Satz 1 gilt nicht für Rechtsverordnungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 7 und 8.

(3) Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes erläßt der Bundesminister, wenn die Bundesregierung die Feststellung nach Absatz 2 Satz 1 getroffen hat. Rechtsverordnungen des Bundesministers nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und 6 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, soweit der Schutz der Bevölkerung vor Umwelteinwirkungen oder ionisierender Strahlung berührt ist. Rechtsverordnungen des Bundesministers nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und 3 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, soweit sie das Herstellen, Behandeln und Inverkehrbringen von Lebensmitteln regeln. Rechtsverordnungen des Bundes-

ministers nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Wirtschaft.

(4) Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes bedürfen, soweit nichts anderes bestimmt ist, der Zustimmung des Bundesrates. Rechtsverordnungen, die nach der Feststellung der Bundesregierung nach Absatz 2 Satz 1 erlassen werden und deren Geltungsdauer sich auf nicht mehr als zwei Monate erstreckt, bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates; ihre Geltungsdauer darf nur mit Zustimmung des Bundesrates verlängert werden. Sollen Rechtsverordnungen nach Satz 2 länger als ein Jahr gelten, bedürfen sie auch der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

(5) Rechtsverordnungen, die vor der Feststellung der Bundesregierung nach Absatz 2 Satz 1 erlassen worden sind, sind unverzüglich außer Anwendung zu setzen, wenn der Deutsche Bundestag und der Bundesrat dies verlangen. Rechtsverordnungen, die nach der Feststellung der Bundesregierung nach Absatz 2 Satz 1 erlassen worden sind, sind beim Vorliegen der Voraussetzung des Satzes 1 unverzüglich aufzuheben oder außer Anwendung zu setzen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Rechtsverordnungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 7 und 8.

§ 4

Ausführung des Gesetzes

(1) In Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes kann die Zuständigkeit zur Ausführung dieser Verordnungen geregelt werden. Dabei kann vorgesehen werden, daß sie vom Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft (Bundesamt) ausgeführt werden, soweit eine zentrale Bearbeitung erforderlich ist.

(2) Die Landesregierungen können bestimmen, daß die nach diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes

1. Behörden der allgemeinen Verwaltung auf der Kreisstufe zugewiesenen Aufgaben ganz oder teilweise von kreisangehörigen Gemeinden,
2. kreisangehörigen Gemeinden zugewiesenen Aufgaben von kommunalen Zusammenschlüssen oder Gemeindeverbänden

wahrgenommen werden, soweit die Regelung nicht durch Landesgesetz erfolgt.

(3) Soweit Rechtsverordnungen von den Ländern ausgeführt werden, kann der Bundesminister mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.

§ 5

Einzelweisungen

Der Bundesminister kann zur Ausführung von Rechtsverordnungen Einzelweisungen erteilen, wenn dies in Ausnahmefällen zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung dringend geboten ist.

§ 6

Aufgaben des Bundesamtes

Das Bundesamt ist zuständig für:

1. die zentrale Feststellung der Bestände, der Erzeugung und des Verbrauchs von Erzeugnissen der Er-

nährungs- und Landwirtschaft sowie der Produktionskapazität von Herstellern, Bearbeitern und Verarbeitern solcher Erzeugnisse,

2. die Aufstellung zentraler Versorgungs- und Bevorratungspläne.

§ 7

Mitwirkung von Vereinigungen

(1) In Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes kann bestimmt werden, daß

1. Verbände und Zusammenschlüsse oder Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Aufgaben der Ernährungs- und Landwirtschaft wahrnehmen, bei der Ausführung von Rechtsverordnungen beratend mitwirken, soweit ihre Interessen unmittelbar betroffen sind,
2. die Ausführung der Rechtsverordnung ganz oder teilweise auf Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Aufgaben der Ernährungs- und Landwirtschaft wahrnehmen, übertragen wird. Die Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts unterstehen insoweit den Weisungen der in der Rechtsverordnung bestimmten Behörde.

(2) Die zuständige Behörde kann sich bei der Durchführung von einzelnen Aufgaben, die sie auf Grund dieses Gesetzes oder der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen zu erfüllen hat, der in Absatz 1 genannten Stellen mit deren Zustimmung bedienen. Diese Stellen unterstehen insoweit den Weisungen der zuständigen Behörde, die Verbände und Zusammenschlüsse insoweit auch deren Aufsicht.

§ 8

Vorbereitung des Vollzugs

Der Bund und die Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände haben die organisatorischen, personellen und materiellen Voraussetzungen zur Durchführung der Maßnahmen zu schaffen, die für den in § 1 Abs. 1 bezeichneten Zweck erforderlich sind.

§ 9

Auskünfte

(1) Zur Durchführung der Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes und zur Vorbereitung der Durchführung solcher Rechtsverordnungen haben alle natürlichen und juristischen Personen und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen, soweit sie in der Ernährungs- und Landwirtschaft tätig sind, den für die Sicherung der Versorgung zuständigen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen auf Verlangen Auskünfte, insbesondere über Bestands- und Produktionsdaten ernährungs- und landwirtschaftlicher Betriebe, zu erteilen, soweit dies für den in § 1 Abs. 1 bezeichneten Zweck erforderlich ist.

(2) Die von den zuständigen Behörden mit der Einholung von Auskünften beauftragten Personen sind im Rahmen des Absatzes 1 befugt, Grundstücke und Geschäfts- und Betriebsräume des Auskunftspflichtigen während der Betriebs- und Geschäftszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, Proben zu

entnehmen und die geschäftlichen Unterlagen des Auskunftspflichtigen einzusehen. Der Auskunftspflichtige hat die Maßnahmen nach Satz 1 zu dulden, die mit der Einholung von Auskünften beauftragten Personen zu unterstützen und die geschäftlichen Unterlagen vorzulegen.

(3) Der Auskunftspflichtige kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(4) Nach der Feststellung der Bundesregierung nach § 3 Abs. 2 Satz 1 sind den für die Sicherung der Versorgung zuständigen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen auf Verlangen von den Meldebehörden Vor- und Familiennamen, Anschriften und Hauptwohnung der Verbraucher sowie zusätzlich der Tag ihrer Geburt, sofern sie das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu übermitteln. Den in Satz 1 genannten Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen sind unter den dort genannten Voraussetzungen auf Verlangen von anderen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen ferner folgende Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse zu übermitteln:

1. Namen und Anschriften ernährungs- und landwirtschaftlicher Betriebe, ihrer Inhaber sowie ihrer verantwortlichen Leiter,
2. Angaben über die Art und Produktionsausrichtung der Betriebe,
3. Bestands- und Produktionsdaten der Betriebe, insbesondere Angaben über Vorräte an Erzeugnissen, über Kapazität, technische Ausstattung und Verkehrsanbindung der Läger sowie über Be- und Verarbeitungskapazitäten.

Vor der Feststellung der Bundesregierung nach § 3 Abs. 2 Satz 1 sind den für die Sicherung der Versorgung zuständigen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen nach Zustimmung der für sie jeweils zuständigen Aufsichtsbehörde die in den Sätzen 1 und 2 genannten Angaben auf Verlangen zu übermitteln, wenn dies für den in § 1 Abs. 1 bezeichneten Zweck, insbesondere auch für Vorsorgemaßnahmen nach § 8, erforderlich ist. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Einzelangaben, die ausschließlich zu statistischen Zwecken erhoben worden sind.

(5) Die nach den Absätzen 1, 2 und 4 erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen nicht für einen anderen als den in § 1 Abs. 1 genannten Zweck verwendet werden.

§ 10

Entschädigung

(1) Stellt eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder eine Maßnahme auf Grund einer solchen Rechtsverordnung eine Enteignung dar, ist eine Entschädigung in Geld zu leisten. Die Entschädigung bemißt sich nach dem für eine vergleichbare Leistung im Wirtschaftsverkehr üblichen Entgelt. Fehlt es an einer vergleichbaren Leistung oder ist ein übliches Entgelt nicht zu ermitteln, ist die Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bemessen.

(2) Zur Leistung der Entschädigung ist derjenige verpflichtet, der durch die Rechtsverordnung oder Maßnahme

im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 begünstigt ist. Ist kein Begünstigter vorhanden, so hat der Bund die Entschädigung zu leisten, wenn die Enteignung durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder durch eine Maßnahme einer Bundesbehörde erfolgt ist; in den übrigen Fällen hat das Land die Entschädigung zu leisten, das die Maßnahme angeordnet hat. Kann die Entschädigung von demjenigen, der begünstigt ist, nicht erlangt werden, so haftet nach Maßgabe des Satzes 2 der Bund oder das Land; soweit der Bund oder das Land den Entschädigungsberechtigten befriedigt, geht dessen Anspruch gegen den Begünstigten auf den Bund oder das Land über. Der Übergang kann nicht zum Nachteil des Entschädigungsberechtigten geltend gemacht werden.

(3) Ist die Enteignung durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder durch eine Maßnahme einer Bundesbehörde erfolgt, so wird die Entschädigung von dieser Behörde festgesetzt. Im übrigen wird die Entschädigung von der Behörde festgesetzt, die die Maßnahme angeordnet hat.

(4) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die Verjährung der Ansprüche nach Absatz 1, über das Verfahren der Festsetzung einer Entschädigung sowie über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte nach den Grundsätzen der §§ 34, 50 bis 63 und 65 des Bundesleistungsgesetzes zu erlassen. Dabei treten an die Stelle der Anforderungsbehörden die in Absatz 3 bezeichneten Behörden.

§ 11

Härteausgleich

(1) Wird durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder eine Maßnahme auf Grund einer solchen Rechtsverordnung dem Betroffenen ein Vermögensnachteil zugefügt, der nicht nach § 10 abzugelten ist, so ist eine Entschädigung in Geld zu gewähren, soweit seine wirtschaftliche Existenz durch unabwendbare Schäden gefährdet oder vernichtet ist oder die Entschädigung zur Abwendung oder zum Ausgleich ähnlicher unbilliger Härten geboten ist.

(2) Zur Leistung der Entschädigung ist der Bund verpflichtet, wenn der Vermögensnachteil durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder durch eine Maßnahme einer Bundesbehörde zugefügt worden ist; in den übrigen Fällen ist die Entschädigung von dem Land zu leisten, das die Maßnahme angeordnet hat.

(3) § 10 Abs. 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.

§ 12

Zustellungen

Die Vorschriften über Zustellungen der Verwaltungsbehörden gelten mit der Maßgabe, daß in dringenden Fällen, soweit es zur Aufrechterhaltung der Versorgung erforderlich ist, die Zustellung auch durch schriftliche, fernschriftliche, mündliche oder fernmündliche Mitteilung, durch Presse, Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen), Funkpruch oder in einer sonstigen ortsüblichen und geeigneten Weise erfolgen kann. In diesen Fällen gilt die Zustellung mit dem auf die Bekanntgabe folgenden Tage als bewirkt.

§ 13

**Keine aufschiebende Wirkung
von Widerspruch und Anfechtungsklage**

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Verwaltungsakte nach diesem Gesetz oder einer auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnung haben keine aufschiebende Wirkung, wenn der Verwaltungsakt erlassen worden ist, nachdem die Bundesregierung die Feststellung nach § 3 Abs. 2 Satz 1 getroffen hat.

§ 14

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 1 oder einer auf Grund einer solchen Rechtsverordnung ergangenen vollziehbaren Verfügung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
2. entgegen § 9 Abs. 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder
3. entgegen § 9 Abs. 2 Satz 2 Maßnahmen nicht duldet, beauftragte Personen nicht unterstützt oder geschäftliche Unterlagen nicht vorlegt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 und 3 mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 15

Strafvorschriften

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. eine in § 14 Abs. 1 Nr. 1 bezeichnete Handlung beharrlich wiederholt,
2. durch eine in § 14 Abs. 1 Nr. 1 bezeichnete Handlung die Versorgung mit einem der in § 1 Abs. 3 genannten Erzeugnisse schwer gefährdet oder

3. bei Begehung einer in § 14 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Handlung eine außergewöhnliche Mangellage bei der Versorgung mit Erzeugnissen zur Erzielung von bedeutenden Vermögensvorteilen ausnutzt.

§ 16

**Zuständige Verwaltungsbehörde
bei Ordnungswidrigkeiten**

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist

1. bei Zuwiderhandlungen gegen Verfügungen nach § 9 Abs. 1 und 2,
 - a) sofern sie von einer Bundesbehörde erlassen worden sind, der Bundesminister,
 - b) sofern sie von einer Landesbehörde erlassen worden sind, die zuständige oberste Landesbehörde oder die nach Landesrecht bestimmte Stelle,
2. bei Zuwiderhandlungen gegen eine Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 1 oder eine auf Grund einer solchen Rechtsverordnung ergangene vollziehbare Verfügung,
 - a) soweit Bundesbehörden zur Durchführung zuständig sind, der Bundesminister oder die in der Rechtsverordnung bestimmte Behörde,
 - b) soweit Landesbehörden zur Durchführung zuständig sind, die zuständige oberste Landesbehörde oder die nach Landesrecht bestimmte Stelle oder die in der Rechtsverordnung bestimmte Behörde.

§ 17

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 18

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. August 1990

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Björn Engholm

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Stoltenberg

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
I. Kiechle

Zweites Gesetz zur Änderung des Ernährungssicherungsgesetzes

Vom 20. August 1990

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Ernährungssicherungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Oktober 1968 (BGBl. I S. 1075), zuletzt geändert durch Artikel 76 § 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird der Kurzbezeichnung die Abkürzung „- ESG“ angefügt.
2. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. den Anbau von Nutzpflanzen und die Haltung von Tieren;“.
 - b) In Nummer 2 werden die Worte „sowie die Haltung von Tieren“ gestrichen.
3. In § 1 Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „die Verpackung, die Kennzeichnung, die Verlagerung, die Beschaffenheit,“ gestrichen.
4. § 3 wird gestrichen.
- 4a. In § 4 Abs. 1 Nr. 2 werden die Worte „Obst- und Gartenbaues“ durch die Worte „Obst-, Garten- und Weinbaus“ ersetzt.
5. § 5 wird wie folgt gefaßt:

„§ 5
Ermächtigung für Buchführungs-,
Melde- und Auskunftspflichten

Durch Rechtsverordnungen können zu den in § 1 genannten Zwecken hinsichtlich der Erzeugnisse und Waren, über die nach § 1 Vorschriften erlassen werden können, sowie hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Betrieben

 1. Buchführungs- und Meldepflichten für Betriebe der Ernährungs- und Forstwirtschaft,
 2. Aufzeichnungs- und Meldepflichten für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft,
 3. Auskunftspflichten für Betriebe der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Holz- und Forstwirtschaft zur Vorbereitung von Rechtsverordnungen nach § 1 Abs. 1 begründet werden.“
6. In § 7 Abs. 1 Satz 1, § 8 Abs. 3, § 9 Abs. 1, § 14 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 sowie in den §§ 22 und 25

Nr. 2 wird die Angabe „§§ 1, 3, 5“ durch die Angabe „§§ 1, 5“ ersetzt.

7. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird folgender Satz 3 eingefügt:

„Die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 11 kann auf die Landesregierungen nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 und 8 nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übertragen werden.“

Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Rechtsverordnungen des Bundesministers oder des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, 8 und 11 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, soweit der Schutz der Bevölkerung vor Umwelteinwirkungen oder ionisierender Strahlung berührt ist. Rechtsverordnungen des Bundesministers oder des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 und 8 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, soweit sie das Herstellen, Behandeln und Inverkehrbringen von Lebensmitteln regeln. Rechtsverordnungen des Bundesministers oder des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft nach § 1 Abs. 1 Nr. 10 bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Wirtschaft.“

8. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird gestrichen.
- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

9. In § 9 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „in den §§ 1 und 3“ durch die Angabe „in § 1“ ersetzt.

10. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Buchstabe a wird das Wort „Landkreisen“ durch die Worte „Behörden der allgemeinen Verwaltung auf der Kreisstufe“ ersetzt.
- b) Die Absätze 4, 7, 8 und 9 Satz 2 werden gestrichen.
- c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4; in ihm wird in Satz 1 die Angabe „1 bis 4“ durch die Angabe „1 bis 3“ ersetzt.

- d) Die bisherigen Absätze 6 und 9 Satz 1 werden Absätze 5 und 6.
11. § 11 wird aufgehoben.
12. In § 12 Abs. 2 Nr. 2 wird das Wort „Ernährungssicherung“ durch das Wort „Ernährungssicherstellung“ ersetzt.
13. § 16 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:
- „(1) Zur Durchführung der Rechtsverordnungen auf Grund dieses Gesetzes und zur Vorbereitung der Durchführung solcher Rechtsverordnungen haben alle natürlichen und juristischen Personen und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen, soweit sie in der Ernährungs-, Land-, Forst- und Holzwirtschaft tätig sind, den für die Sicherstellung der Versorgung zuständigen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen auf Verlangen Auskünfte, insbesondere über Bestands- und Produktionsdaten ernährungs- und landwirtschaftlicher sowie forst- und holzwirtschaftlicher Betriebe, zu erteilen, soweit dies für die in § 1 bezeichneten Zwecke erforderlich ist.“
- b) Absatz 2 wird gestrichen.
- c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2; in ihm wird die Angabe „der Absätze 1 und 2“ durch die Angabe „des Absatzes 1“ ersetzt und folgender Satz 2 angefügt:
- „Der Auskunftspflichtige hat die Maßnahmen nach Satz 1 zu dulden, die mit der Einholung von Auskünften beauftragten Personen zu unterstützen und die geschäftlichen Unterlagen vorzulegen.“
- d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.
- e) Der bisherige Absatz 5 wird durch folgende neue Absätze 4 und 5 ersetzt:
- „(4) Nach Eintritt der Voraussetzung des § 2 Abs. 3 sind den für die Sicherstellung der Versorgung zuständigen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen auf Verlangen von den Meldebehörden Vor- und Familiennamen, Anschriften und Hauptwohnung der Verbraucher sowie zusätzlich der Tag ihrer Geburt, sofern sie das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu übermitteln. Den in Satz 1 genannten Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen sind unter den dort genannten Voraussetzungen auf Verlangen von anderen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen folgende Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse zu übermitteln:
1. Namen und Anschriften ernährungs-, land-, forst- und holzwirtschaftlicher Betriebe, ihrer Inhaber sowie ihrer verantwortlichen Leiter,
 2. Angaben über die Art und Produktionsausrichtung der Betriebe,
 3. Bestands- und Produktionsdaten der Betriebe, insbesondere Angaben über Vorräte an Erzeugnissen, über Kapazität, technische Ausrüstung und Verkehrsanbindung der Läger sowie über Be- und Verarbeitungskapazitäten.
- Vor Eintritt der Voraussetzung des § 2 Abs. 3 sind den für die Sicherstellung der Versorgung zuständigen Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen nach Zustimmung der für sie jeweils zuständigen Aufsichtsbehörde die in den Sätzen 1 und 2 genannten Angaben auf Verlangen zu übermitteln, wenn dies für den in § 1 bezeichneten Zweck, insbesondere auch für Vorsorgemaßnahmen nach § 15, erforderlich ist. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Einzelangaben, die ausschließlich zu statistischen Zwecken erhoben worden sind.
- (5) Die nach den Absätzen 1, 2 und 4 erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen nicht für andere als die in § 1 genannten Zwecke verwendet werden.“
14. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:
- „Stellt eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder eine Maßnahme auf Grund einer solchen Rechtsverordnung eine Enteignung dar, ist eine Entschädigung in Geld zu leisten.“
- b) Absatz 2 Satz 1 bis 3 wird wie folgt gefaßt:
- „Zur Leistung der Entschädigung ist derjenige verpflichtet, der durch die Rechtsverordnung oder Maßnahme im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 begünstigt ist. Ist kein Begünstigter vorhanden, so ist die Entschädigung vom Träger der Aufgabe zu leisten. Kann die Entschädigung von demjenigen, der begünstigt ist, nicht erlangt werden, haftet der Träger der Aufgabe; soweit der Träger der Aufgabe den Entschädigungsberechtigten befriedigt, geht dessen Anspruch gegen den Begünstigten auf den Träger der Aufgabe über.“
15. § 18 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:
- „(1) Wird durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder eine Maßnahme auf Grund einer solchen Rechtsverordnung dem Betroffenen ein Vermögensnachteil zugefügt, der nicht nach § 17 abzugelten ist, so ist eine Entschädigung in Geld zu gewähren, soweit seine wirtschaftliche Existenz durch unabwendbare Schäden gefährdet oder vernichtet ist oder die Entschädigung zur Abwendung oder zum Ausgleich ähnlicher unbilliger Härten geboten ist.“
16. § 20 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgender Absatz 1 eingefügt:
- „(1) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Verwaltungsakte nach diesem Gesetz oder einer auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnung haben keine aufschiebende Wirkung, wenn der Verwaltungsakt nach Eintritt der Voraussetzung des § 2 Abs. 3 erlassen worden ist.“
- b) Der bisherige Text wird Absatz 2.
17. § 21 wird aufgehoben.
18. § 23 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:
- „(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 16 Abs. 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder

2. entgegen § 16 Abs. 2 Satz 2 Maßnahmen nicht duldet, beauftragte Personen nicht unterstützt oder geschäftliche Unterlagen nicht vorlegt.“

19. In § 25 Nr. 1 wird die Angabe „§ 16 Abs. 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 16 Abs. 1 und 2“ ersetzt.

Artikel 2

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kann den Wortlaut des Ernährungssicherungsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. August 1990

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Björn Engholm

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Stoltenberg

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
I. Kiechle

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

**Verordnung
zur Übertragung der Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen
nach § 163 Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes
auf das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen**

Vom 31. Juli 1990

Auf Grund des § 163 Abs. 1 Satz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1983 (BGBl. I S. 1261), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 25. Juni 1990 (BGBl. II S. 518), verordnet der Bundesminister der Finanzen:

§ 1

Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 163 Abs. 1 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes wird auf das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen übertragen.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 29. März 1983 (BGBl. I S. 377) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 31. Juli 1990

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Dr. Voss

**Verordnung
zur Änderung der Butterverordnung
und anderer milchrechtlicher Verordnungen**

Vom 16. August 1990

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verordnet

auf Grund des § 7 Satz 1 des Milch- und Margarinegesetzes vom 25. Juli 1990 (BGBl. I S. 1471) im Einvernehmen mit den Bundesministern für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, der Justiz und für Wirtschaft und

auf Grund des § 20 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 4 und 5 des Milch- und Fettgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7842-1, veröffentlichten bereinigten Fassung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft nach Bekanntgabe an den Deutschen Bundestag:

Artikel 1

Änderung der Butterverordnung

Die Butterverordnung vom 16. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2286, 2657), geändert durch § 21 der Verordnung vom 23. Juni 1989 (BGBl. I S. 1140), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Nummern 3 bis 5 gestrichen; die bisherigen Nummern 6 und 7 werden die Nummern 3 und 4.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden vor den Worten „zur Gemeinschaftsverpflegung“ die Worte „oder in Einrichtungen“ eingefügt.
 - b) Absatz 2 wird gestrichen.
3. § 4 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Butter darf nur so hergestellt werden, daß sie nicht weniger als 82 Gewichtshundertteile Fett und nicht mehr als 16 Gewichtshundertteile Wasser enthält. Bei gesalzener Butter genügt ein Fettgehalt von mindestens 80 Gewichtshundertteilen, wobei der Anteil an fettfreier Milchtrockenmasse nicht mehr als 2 Gewichtshundertteile betragen darf.“
4. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Als neue Nummer 2 wird eingefügt:

„2. mindestens 82 Gewichtshundertteile Fett enthält.“
 - b) Die bisherigen Nummern 2 und 3 werden die Nummern 3 und 4.

5. § 10 wird wie folgt gefaßt:

„§ 10

Handelsklasse Deutsche Molkereibutter

Butter darf mit der Handelsklasse „Deutsche Molkereibutter“ bezeichnet werden, wenn sie

1. der angegebenen Buttersorte entspricht,
2. mindestens 82 Gewichtshundertteile Fett enthält und
3. für jede der in § 11 Abs. 3 Nr. 1 bis 3 genannten Eigenschaften mit mindestens drei Punkten bewertet worden ist.“

6. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Verweisung „§ 9 Nr. 1 und 2“ durch die Verweisung „§ 9 Nr. 1 bis 3“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. von der Gesamtzahl der Butterproben einer Buttersorte eines Einsenders in drei aufeinanderfolgenden Monaten oder innerhalb der letzten sechs Monate mehr als ein Drittel nicht die Anforderungen des § 4 Abs. 1 oder des § 9 Nr. 1, 2 oder 3 erfüllen.“
 - bb) Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. von der Gesamtzahl der Butterproben einer Buttersorte eines Einsenders mehr als zwei Proben in sechs aufeinanderfolgenden Monaten aus einem der in Abschnitt 4.2 oder 5.2 der Anlage genannten Gründe nicht zur Prüfung zugelassen oder nicht regelmäßig zur Prüfung nach § 11 in Verbindung mit Abschnitt 5.1 der Anlage eingesandt oder bereitgehalten wurden.“
- c) Absatz 3 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. die Gesamtzahl der Butterproben einer Buttersorte eines Einsenders bei zwei aufeinanderfolgenden Prüfungen nach § 11 Abs. 1 die Anforderungen des § 3 Abs. 1, des § 4 Abs. 1 bis 3 und des § 9 Nr. 1 bis 3 wieder erfüllt. Diese Prüfungen können im Benehmen mit der zuständigen Überwachungsstelle von einer anderen Überwachungsstelle durchgeführt werden.“

- d) In Absatz 4 Nr. 1 wird die Verweisung „§ 9 Nr. 2“ durch die Verweisung „§ 9 Nr. 3“ ersetzt.
7. § 15 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:
- „(2) Der Fettgehalt der Butter und bei gesalzener Butter zusätzlich der Gehalt an fettfreier Milchtrockenmasse sind stichprobenweise zu überprüfen. Mit der Überprüfung können die Molkereien auch entsprechend ausgestattete Untersuchungseinrichtungen beauftragen.“
8. § 16 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:
- „(2) Der Fettgehalt der Butter und bei gesalzener Butter zusätzlich der Gehalt an fettfreier Milchtrockenmasse sind stichprobenweise zu überprüfen. Mit der Überprüfung können die Ausformstellen auch entsprechend ausgestattete Untersuchungseinrichtungen beauftragen.“
9. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird eingangs wie folgt gefaßt:
- „(1) Außerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung hergestellte Butter (ausländische Butter) darf nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie den Vorschriften dieser Verordnung für inländische Butter entspricht oder wenn . . .“.
- b) Absatz 2 wird gestrichen; der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.
10. § 19 Abs. 2 Nr. 2 wird gestrichen; die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.
11. Dem § 21 wird folgender Absatz 4 angefügt:
- „(4) Die obersten Landesbehörden können durch Rechtsverordnung nach § 12 des Milch- und Margarinegesetzes bestimmen, auf welche Weise die Prüfung der Handelsklasse sowie das Verfahren zur Erteilung, zum Entzug und zur Wiedererteilung der Markenberechtigung für Herstellerbetriebe, deren Produktionsmenge im vorhergehenden Kalenderjahr 100 Tonnen bei einer der Buttersorten nicht überschritt, abweichend von § 11 Abs. 1, § 12 Abs. 1 bis 4 und Nummer 2.2 der Anlage durchzuführen sind.“
12. In § 25 Abs. 3 werden die Worte „von § 46 Abs. 3 des Milchgesetzes“ durch die Worte „des § 14 Abs. 2 Nr. 2 des Milch- und Margarinegesetzes“ ersetzt.
13. Die Anlage wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 2.1 wird folgender Satz angefügt:
- „Der Zeitpunkt für die Entnahme ist nicht an den Prüfungsmonat gebunden.“
- b) Bei Nummer 2.2 werden in Satz 1 die Worte „an monatlich“ durch die Worte „für jede Prüfung an“ und in Satz 2 die Worte „je Monat“ durch die Worte „für jede Prüfung“ ersetzt.
- c) In Nummer 2.3 wird das Wort „monatlichen“ jeweils gestrichen.
- d) In Nummer 5.1 wird am Ende des vierten Anstrichs ein Komma gesetzt und folgender fünfter Anstrich angefügt:
- „– bei gesalzener Butter den Gehalt an fettfreier Milchtrockenmasse, der sich aus der Untersuchung der fettfreien Trockenmasse nach den in der Gliederungsnummer L 04.00-5 bis 7, Stand: April 1981, der Amtlichen Sammlung genannten Bestimmungen (DIN 10 322, Ausgabe Juli 1978), abzüglich dem Natriumchloridgehalt nach den in der Gliederungsnummer L 04.00-10, Stand: April 1981, der Amtlichen Sammlung genannten Bestimmungen (DIN 10 323, Ausgabe Mai 1971) ergibt,“.
- e) Nummer 5.2 wird wie folgt gefaßt:
- „5.2 Proben, die weniger als 82 Gewichtshundertteile Fett, mehr als 16 Gewichtshundertteile Wasser oder bei gesalzener Butter mehr als 2 Gewichtshundertteile fettfreie Milchtrockenmasse enthalten oder deren pH-Wert im Serum der angegebenen Sorte nicht entspricht, werden zur Prüfung nicht zugelassen.“

Artikel 2

Änderung der Milch-Güteverordnung

Die Milch-Güteverordnung vom 9. Juli 1980 (BGBl. I S. 878, 1081), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1083, 1590), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 4a wird wie folgt gefaßt:

„(4a) Zur Feststellung des Gefrierpunktes ist monatlich mindestens eine Untersuchung nach Anlage 7 durchzuführen. Bis zum 31. Dezember 1990 kann die Feststellung des Gefrierpunktes alle drei Monate erfolgen. Bei Überschreiten des in § 4 Abs. 3 Nr. 3 genannten Gefrierpunktes kann die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragte Stelle im Erzeugerbetrieb eine Vollprobe ziehen, die aus den vollständig überwachten Abend- und Morgengemelken besteht, zwischen denen ein zeitlicher Abstand von mindestens 11 und höchstens 13 Stunden liegt, um durch deren Untersuchung den Verdacht auf Wasserzusatz zu entkräften.“

2. In § 4 Abs. 3 Nr. 2 wird das Wort „arithmetischen“ durch das Wort „geometrischen“ ersetzt.

3. In § 4 Abs. 3 Satz 6 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„wenn im folgenden Monat die Probe oder der Durchschnitt der Proben einen Gehalt an somatischen Zellen bis zum 31. Dezember 1992 von weniger als 500 000 je cm³, danach von weniger als 400 000 je cm³ ergibt, entfällt der Abzug für diesen Monat.“

4. In § 7 Nr. 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 bis 4 a oder 7 Satz 1“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 bis 4 a Satz 1 oder Abs. 7 Satz 1“ ersetzt.

5. § 9 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Für die Einstufung der Anlieferungsmilch nach § 3 Abs. 1 und für die Bildung des geometrischen Mittels nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 sind im Januar und Februar 1993 jeweils die Ergebnisse von November und Dezember des Vorjahres heranzuziehen.“

Artikel 3

Änderung der Milchverordnung

Die Milchverordnung vom 23. Juni 1989 (BGBl. I S. 1140) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Nr. 2 wird das Wort „arithmetischen“ durch das Wort „geometrischen“ ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Bei Überschreitungen des in Satz 1 Nr. 3 genannten Gefrierpunktes kann die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragte Stelle eine Vollprobe ziehen, die aus dem vollständig überwachten Abend- und Morgengemelk besteht, zwischen denen ein zeitlicher Abstand von mindestens 11 und höchstens 13 Stunden liegt, um durch deren Untersuchung den Verdacht auf Wasserzusatz zu entkräften.“

2. In § 19 Abs. 4 werden die Worte „§ 46 Abs. 3 des Milchgesetzes“ durch die Worte „§ 14 Abs. 2 Nr. 2 des Milch- und Margarinegesetzes“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Konsummilch-Kennzeichnungs-Verordnung

Die Konsummilch-Kennzeichnungs-Verordnung vom 19. Juni 1974 (BGBl. I S. 1301), zuletzt geändert durch § 23 der Verordnung vom 23. Juni 1989 (BGBl. I S. 1140), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird Absatz 3 Satz 2 als Satz 2 angefügt.

b) Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 werden gestrichen.

2. In § 4 Abs. 2 werden die Worte „§ 46 Abs. 3 des Milchgesetzes“ durch die Worte „§ 14 Abs. 2 Nr. 2 des Milch- und Margarinegesetzes“ ersetzt.

Artikel 5

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 21 des Milch- und Margarinegesetzes und § 32 des Milch- und Fettgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Der durch Artikel 2 Nr. 3 dem § 4 Abs. 3 Satz 6 der Milch-Güteverordnung angefügte zweite Halbsatz kann bereits mit Wirkung vom 1. Januar 1989 angewandt werden.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 16. August 1990

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
In Vertretung
W. Kittel

**Sechste Verordnung
zur Änderung der Wohngeldverordnung**

Vom 17. August 1990

Auf Grund des § 36 Abs. 1 Nr. 2 des Wohngeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 1990 (BGBl. I S. 310), dessen Nummer 2 durch Artikel 1 Nr. 8 Buchstabe a des Gesetzes vom 10. August 1990 (BGBl. I S. 1522) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Wohngeldverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Mai 1988 (BGBl. I S. 647), geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2521), wird wie folgt geändert:

Die Anlage (zu § 1 Abs. 3) wird durch die dieser Verordnung beigefügte Anlage ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 39 des Wohngeldgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1990 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 17. August 1990

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
Gerda Hasselfeldt

Anlage
(zu Artikel 1)

Anlage

(zu § 1 Abs. 3)

**Mietenstufen der Gemeinden (§ 8 Abs. 1 bis 5 des Wohngeldgesetzes) nach Ländern
ab 1. Oktober 1990 *)**

Nachstehend werden bezeichnet als

Gemeinden: einzelne Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 WoGG)
– Stand 30. Juni 1988 –

Kreise: nach Kreisen zusammengefaßte Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und gemeindefreie Gebiete (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 WoGG)

Baden-Württemberg

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Aalen	2	Donzdorf	2
Achern	2	Durmersheim	2
Albstadt	2	Eberbach	2
Asperg	4	Ebersbach an der Fils	3
Backnang	2	Edingen-Neckarhausen	2
Bad Dürkheim	2	Ehingen (Donau)	2
Bad Friedrichshall	2	Eggenstein-Leopoldshafen	2
Bad Krozingen	3	Eislingen/Fils	3
Bad Mergentheim	2	Ellwangen (Jagst)	1
Bad Rappenau	2	Emmendingen	4
Bad Säckingen	3	Eppelheim	4
Bad Urach	3	Eppingen	1
Bad Waldsee	1	Erbach	1
Bad Wurzach	1	Esslingen am Neckar	4
Baden-Baden	4	Ettlingen	3
Balingen	2	Fellbach	4
Baiersbronn	2	Filderstadt	4
Biberach an der Riß	2	Freiberg am Neckar	3
Bietigheim-Bissingen	3	Freiburg im Breisgau	4
Blaubeuren	1	Freudenstadt	3
Blaustein	3	Friedrichshafen	3
Böblingen	4	Friesenheim	2
Bopfingen	1	Gärtringen	5
Brackenheim	1	Gaggenau	2
Breisach am Rhein	3	Gaildorf	1
Bretten	1	Geislingen an der Steige	2
Bruchsal	2	Gengenbach	2
Brühl	3	Gerlingen	4
Buchen (Odenwald)	1	Gernsbach	3
Bühl	2	Gerstetten	1
Burladingen	1	Giengen an der Brenz	1
Calw	2	Göppingen	3
Crailsheim	2	Grenzach-Wyhlen	3
Denzlingen	4	Gundelfingen	4
Ditzingen	4	Hechingen	2
Donaueschingen	2	Heddesheim	3

*) Zugrunde liegen Daten der Wohngeldstatistik zum 31. Dezember 1988 einschließlich der bis zum 31. März 1989 erfolgten rückwirkenden Bewilligungen.

(Fortsetzung **Baden-Württemberg**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Heidelberg	4	Östringen	1
Heidenheim an der Brenz	2	Offenburg	2
Heilbronn	3	Oftersheim	2
Hemsbach	3	Ostfildern	4
Herbrechtingen	2	Pfinztal	1
Herrenberg	3	Pforzheim	3
Hockenheim	2	Pfullendorf	1
Horb am Neckar	2	Pfullingen	3
Isny im Allgäu	2	Philippsburg	2
Karlsbad	2	Plochingen	4
Karlsruhe	3	Radolfzell am Bodensee	3
Kehl	3	Rastatt	3
Kernen im Remstal	4	Ravensburg	3
Ketsch	2	Remseck am Neckar	3
Kirchheim unter Teck	4	Remshalden	4
Konstanz	5	Renningen	4
Korntal-Münchingen	3	Reutlingen	3
Kornwestheim	4	Rheinfelden (Baden)	3
Kraichtal	1	Rheinstetten	2
Künzelsau	1	Rottenburg am Neckar	3
Ladenburg	2	Rottweil	2
Lahr/Schwarzwald	3	Sachsenheim	3
Langenau	1	Sandhausen	3
Lauda-Königshofen	2	Saulgau	1
Laupheim	2	Schorndorf	3
Leinfelden-Echterdingen	4	Schopfheim	3
Leonberg	4	Schramberg	1
Leutkirch im Allgäu	1	Schriesheim	3
Leimen	4	Schwäbisch Gmünd	3
Lörrach	4	Schwäbisch Hall	2
Ludwigsburg	3	Schwetzingen	3
Malsch	1	Sigmaringen	2
Mannheim	4	Sindelfingen	4
Marbach am Neckar	3	Singen (Hohentwiel)	3
Markdorf	3	Sinsheim	2
Markgröningen	3	Spaichingen	2
Meckenbeuren	3	St. Georgen im Schwarzwald	2
Metzingen	3	St. Leon-Rot	2
Möglingen	3	Stockach	2
Mössingen	3	Stutensee	2
Mosbach	2	Stuttgart	5
Mühlacker	2	Sulz am Neckar	1
Müllheim	3	Tamm	4
Münsingen	2	Tauberbischofsheim	1
Murrhardt	2	Teningen	2
Nagold	3	Tettnang	3
Neckargemünd	4	Titisee-Neustadt	3
Neckarsulm	2	Trossingen	2
Neuhausen auf den Fild.	3	Tübingen	5
Nürtingen	4	Tuttlingen	3
Oberkirch	1	Ubstadt-Weiher	1
Oberndorf am Neckar	1	Überlingen	3
Obersulm	1	Uhingen	3
Öhringen	2	Ulm	3

(Fortsetzung **Baden-Württemberg**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Vaihingen an der Enz	3	Weil am Rhein	3
Villingen-Schwenningen	2	Weil der Stadt	5
Waghäusel	2	Weingarten	3
Waiblingen	4	Weinheim	3
Waldbronn	3	Weinstadt	3
Waldkirch	2	Wendlingen am Neckar	3
Waldshut-Tiengen	2	Wernau (Neckar)	3
Walldorf	3	Wertheim	2
Walldürn	1	Wiesloch	3
Wangen im Allgäu	2	Wildbad im Schwarzwald	2
Wehr	2	Winnenden	3
Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden	
Alb-Donau-Kreis	1	Blaubeuren, Blaustein, Ehingen (Donau), Erbach, Langenau	
Biberach	1	Biberach an der Riß, Laupheim	
Bodenseekreis	3	Friedrichshafen, Markdorf, Meckenbeuren, Tettngang, Überlingen	
Böblingen	4	Böblingen, Gärtringen, Herrenberg, Leonberg, Renningen, Sindelfingen, Weil der Stadt	
Breisgau-Hochschwarzwald	3	Bad Krozingen, Breisach am Rhein, Gundelfingen, Müllheim, Titisee-Neustadt	
Calw	2	Calw, Nagold, Wildbad im Schwarzwald	
Emmendingen	2	Denzlingen, Emmendingen, Teningen, Waldkirch	
Enzkreis	2	Mühlacker	
Esslingen	3	Esslingen am Neckar, Filderstadt, Kirchheim unter Teck, Neuhausen auf den Fildern, Leinfelden-Echterdingen, Nürtingen, Plochingen, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar), Ostfildern	
Freudenstadt	1	Baiersbronn, Freudenstadt, Horb am Neckar	
Göppingen	2	Donzdorf, Ebersbach an der Fils, Eislingen/Fils, Geislingen an der Steige, Göppingen, Uhingen	
Heidenheim	1	Gerstetten, Giengen an der Brenz, Heidenheim an der Brenz, Herbrechtingen	
Heilbronn	1	Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Brackenheim, Eppingen, Neckarsulm, Obersulm	
Hohenlohekreis	1	Künzelsau, Öhringen	
Karlsruhe	1	Bretten, Bruchsal, Eggenstein-Leopoldshafen, Ettlingen, Karlsbad, Kraichtal, Malsch, Östringen, Pfinztal, Philippsburg, Rheinstetten, Stutensee, Waghäusel, Waldbronn, Ubstadt-Weiher	
Konstanz	2	Konstanz, Radolfzell am Bodensee, Singen (Hohentwiel), Stockach	
Lörrach	2	Lörrach, Rheinfelden (Baden), Schopfheim, Weil am Rhein, Grenzach-Wyhlen	
Ludwigsburg	3	Asperg, Bietigheim-Bissingen, Ditzingen, Freiberg am Neckar, Gerlingen, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Ludwigsburg, Marbach am Neckar, Markgröningen, Möglingen, Remseck am Neckar, Sachsenheim, Tamm, Vaihingen an der Enz	

(Fortsetzung **Baden-Württemberg**)

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Main-Tauber-Kreis	1	Bad Mergentheim, Lauda-Königshofen, Tauberbischofsheim, Wertheim
Neckar-Odenwald-Kreis	1	Buchen (Odenwald), Mosbach, Walldürn
Ortenaukreis	1	Achern, Friesenheim, Gengenbach, Kehl, Lahr/Schwarzwald, Oberkirch, Offenburg
Ostalbkreis	1	Aalen, Bopfingen, Ellwangen (Jagst), Schwäbisch Gmünd
Rastatt	2	Bühl, Durmersheim, Gaggenau, Gernsbach, Rastatt
Ravensburg	1	Bad Waldsee, Bad Wurzach, Isny im Allgäu, Leutkirch im Allgäu, Ravensburg, Wangen im Allgäu, Weingarten
Rems-Murr-Kreis	2	Backnang, Fellbach, Kernen im Remstal, Murrhardt, Remshalden, Schorndorf, Waiblingen, Weinstadt, Winnenden
Reutlingen	2	Bad Urach, Metzingen, Münsingen, Pfullingen, Reutlingen
Rhein-Neckar-Kreis	2	Brühl, Eberbach, Edingen-Neckarhausen, Eppenheim, Heddesheim, Hemsbach, Hockenheim, Ketsch, Ladenburg, Leimen, Neckargemünd, Oftersheim, Sandhausen, St. Leon-Rot, Schriesheim, Schwetzingen, Sinsheim, Weinheim, Walldorf, Wiesloch
Rottweil	1	Oberndorf am Neckar, Rottweil, Schramberg, Sulz am Neckar
Schwäbisch Hall	1	Crailsheim, Gaildorf, Schwäbisch Hall
Schwarzwald-Baar-Kreis	2	Bad Dürkheim, Donaueschingen, St. Georgen im Schwarzwald, Villingen-Schwenningen
Sigmaringen	1	Pfullendorf, Saulgau, Sigmaringen
Tübingen	3	Mössingen, Rottenburg am Neckar, Tübingen
Tuttlingen	2	Spaichingen, Trossingen, Tuttlingen
Waldshut	1	Bad Säckingen, Waldshut-Tiengen, Wehr
Zollernalbkreis	1	Albstadt, Balingen, Burladingen, Hechingen

Bayern

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Aichach	1	Gröbenzell	6
Altdorf bei Nürnberg	2	Großostheim	1
Altötting	1	Günzburg	2
Alzenau i. Ufr.	1	Gunzenhausen	1
Amberg	2	Haar	6
Ansbach	2	Hammelburg	1
Aschaffenburg	3	Haßfurt	1
Augsburg	3	Hauzenberg	1
Bad Aibling	3	Hersbruck	2
Bad Kissingen	2	Herzogenaurach	2
Bad Neustadt a. d. Saale	1	Hilpoltstein	1
Bad Reichenhall	4	Höchstädt a. d. Aisch	2
Bad Tölz	5	Hösbach	2
Bad Windsheim	1	Hof	1
Bad Wörishofen	2	Holzkirchen	4
Bamberg	2	Illertissen	2
Bayreuth	2	Immenstadt i. Allgäu	3
Bobingen	2	Ingolstadt	3
Bruckmühl	3	Ismaning	6
Burghausen	2	Karlsfeld	6
Burglengenfeld	1	Karlstadt	1
Cham	1	Kaufbeuren	2
Coburg	2	Kelheim	1
Dachau	6	Kempten (Allgäu)	3
Deggendorf	1	Kirchheim bei München	6
Dillingen a. d. Donau	1	Kitzingen	2
Dingolfing	1	Königsbrunn	3
Dinkelsbühl	1	Kolbermoor	4
Donauwörth	1	Kronach	1
Dorfen	2	Krumbach (Schwabens)	1
Eckental	2	Kulmbach	1
Eggenfelden	1	Landau a. d. Isar	1
Eichstätt	1	Landsberg a. Lech	3
Erding	4	Landshut	2
Erlangen	4	Lappersdorf	2
Feucht	2	Lauf a. d. Pegnitz	2
Feuchtwangen	1	Lichtenfels	1
Forchheim	2	Lindau (Bodensee)	3
Freilassing	3	Lindenberg i. Allgäu	3
Freising	5	Lohr a. Main	1
Friedberg	2	Mainburg	1
Fürstenfeldbruck	5	Maisach	6
Fürth	3	Marktobersdorf	2
Füssen	4	Marktredwitz	1
Garching bei München	6	Memmingen	2
Garmisch-Partenkirchen	6	Mindelheim	1
Gauting	6	Mömbris	1
Gemünden a. Main	1	Moosburg a. d. Isar	4
Geretsried	4	Mühdorf a. Inn	1
Germering	6	Münchberg	1
Gersthofen	3	Murnau a. Staffelsee	5
Gilching	5	München	6
Gräfelfing	6	Neuburg a. d. Donau	2
Grafring bei München	5	Neufahrn b. Freising	6

(Fortsetzung Bayern)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Neumarkt i. d. OPf.	1	Schrobenhausen	1
Neusäß	3	Schwabach	2
Neustadt a. d. Aisch	1	Schwabmünchen	2
Neustadt b. Coburg	1	Schwandorf	1
Neu-Ulm	3	Schweinfurt	1
Nördlingen	1	Selb	1
Nürnberg	4	Senden	2
Oberasbach	2	Sonthofen	4
Oberschleißheim	6	Stadtbergen	3
Ochsenfurt	1	Starnberg	6
Olching	6	Stein	3
Osterhofen	1	Straubing	2
Ottobrunn	6	Sulzbach-Rosenberg	1
Passau	2	Taufkirchen	6
Pegnitz	1	Traunreut	3
Peißenberg	3	Traunstein	2
Peiting	3	Treuchtlingen	1
Penzberg	3	Trostberg	2
Pfaffenhofen a. d. Ilm	2	Unterhaching	6
Pfarrkirchen	1	Unterschleißheim	6
Plattling	1	Vaterstetten	6
Pocking	1	Vilshofen	1
Puchheim	6	Vöhringen	2
Regen	1	Waldkraiburg	2
Regensburg	3	Weiden i. d. OPf.	1
Regenstauf	1	Weilheim i. OB	3
Roding	1	Weißenburg i. Bay.	1
Rödental	1	Weißenhorn	2
Röthenbach a. d. Pegnitz	3	Wendelstein	2
Rosenheim	4	Wolfratshausen	5
Roth	2	Würzburg	3
Rothenburg ob der Tauber	1	Zirndorf	2
Schongau	3		

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Aichach-Friedberg	1	Aichach, Friedberg
Altötting	1	Altötting, Burghausen
Amberg-Sulzbach	1	Sulzbach-Rosenberg
Ansbach	1	Dinkelsbühl, Feuchtwangen, Rothenburg ob der Tauber
Aschaffenburg	1	Alzenau i. Ufr., Großostheim, Hösbach, Mömbris
Augsburg	2	Bobingen, Gersthofen, Königsbrunn, Neusäß, Schwabmünchen, Stadtbergen
Bad Kissingen	1	Bad Kissingen, Hammelburg
Bad Tölz-Wolfratshausen	5	Bad Tölz, Geretsried, Wolfratshausen
Bamberg	1	—
Bayreuth	1	Pegnitz
Berchtesgadener Land	3	Bad Reichenhall, Freilassing

(Fortsetzung **Bayern**)

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Cham	1	Cham, Roding
Coburg	1	Neustadt b. Coburg, Rödental
Dachau	4	Dachau, Karlsfeld
Deggendorf	1	Deggendorf, Osterhofen, Plattling
Dillingen a. d. Donau	1	Dillingen a. d. Donau
Dingolfing-Landau	1	Dingolfing, Landau a. d. Isar
Donau-Ries	1	Donauwörth, Nördlingen
Ebersberg	5	Grafring b. München, Vaterstetten
Eichstätt	1	Eichstätt
Erding	2	Erding, Dorfen
Erlangen-Höchstadt	2	Eckental, Herzogenaurach, Höchstadt a. d. Aisch
Forchheim	1	Forchheim
Freising	4	Freising, Moosburg a. d. Isar, Neufahrn b. Freising
Freyung-Grafenau	1	—
Fürth	2	Oberasbach, Stein, Zirndorf
Fürstenfeldbruck	6	Fürstenfeldbruck, Germering, Gröbenzell, Maisach, Olching, Puchheim
Garmisch-Partenkirchen	5	Garmisch-Partenkirchen, Murnau am Staffelsee
Günzburg	1	Günzburg, Krumbach (Schwabern)
Haßberge	1	Haßfurt
Hof	1	Münchberg
Kelheim	1	Kelheim, Mainburg
Kitzingen	1	Kitzingen
Kronach	1	Kronach
Kulmbach	1	Kulmbach
Landsberg a. Lech	3	Landsberg a. Lech
Landshut	1	—
Lichtenfels	1	Lichtenfels
Lindau (Bodensee)	2	Lindau (Bodensee), Lindenberg i. Allgäu
Main-Spessart	1	Gemünden a. Main, Karlstadt, Lohr am Main
Miesbach	4	Holzkirchen
Miltenberg	1	—
Mühldorf a. Inn	2	Mühldorf a. Inn, Waldkraiburg
München	6	Garching b. München, Gräfelfing, Haar, Ismaning, Kirchheim b. München, Oberschleißheim, Ottobrunn, Taufkirchen, Unterhaching, Unterschleißheim
Neuburg-Schrobenhausen	1	Neuburg a. d. Donau, Schrobenhausen
Neumarkt i. d. OPf.	1	Neumarkt i. d. OPf.
Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	1	Bad Windsheim, Neustadt a. d. Aisch
Neustadt a. d. Waldnaab	1	—
Neu-Ulm	2	Illertissen, Neu-Ulm, Senden, Vöhringen, Weißenhorn
Nürnberg Land	2	Altdorf b. Nürnberg, Feucht, Hersbruck, Lauf a. d. Pegnitz, Röthenbach a. d. Pegnitz
Oberallgäu	3	Immenstadt i. Allgäu, Sonthofen

(Fortsetzung **Bayern**)

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Ostallgäu	2	Füssen, Marktoberdorf
Passau	1	Hauzenberg, Pocking, Vilshofen
Pfaffenhofen a. d. Ilm	1	Pfaffenhofen a. d. Ilm
Regen	1	Regen
Regensburg	1	Lappersdorf, Regenstein
Rhön-Grabfeld	1	Bad Neustadt a. d. Saale
Rosenheim	3	Bad Aibling, Bruckmühl, Kolbermoor
Roth	1	Hilpoltstein, Roth, Wendelstein
Rottal-Inn	1	Eggenfelden, Pfarrkirchen
Schwandorf	1	Burglengenfeld, Schwandorf
Schweinfurt	1	—
Starnberg	5	Gauting, Gilching, Starnberg
Straubing-Bogen	1	—
Tirschenreuth	1	—
Traunstein	2	Traunreut, Traunstein, Trostberg
Unterallgäu	1	Bad Wörishofen, Mindelheim
Weilheim-Schongau	3	Peißenberg, Peiting, Penzberg, Schongau, Weilheim i. OB
Weißenburg-Gunzenhausen	1	Gunzenhausen, Treuchtlingen, Weißenburg i. Bay.
Würzburg	1	Ochsenfurt
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	1	Marktredwitz, Selb

Berlin

Gemeinde	Mieten- stufe
Berlin (West), Stadt	2

Bremen

Gemeinde	Mieten- stufe
Bremen	4
Bremerhaven	4

Hamburg

Gemeinde	Mieten- stufe
Hamburg, Freie und Hansestadt	5

Hessen

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Alsfeld	2	Griesheim	3
Arolsen	1	Groß-Gerau	4
ABlar	2	Groß-Umstadt	3
Babenhausen	3	Groß-Zimmern	3
Bad Camberg	2	Grünberg	2
Bad Hersfeld	2	Gründau	2
Bad Homburg v. d. Höhe	5	Hadamar	1
Bad Nauheim	4	Haiger	1
Bad Schwalbach	3	Hainburg	3
Bad Soden am Taunus	5	Hanau	4
Bad Soden-Salmünster	2	Hattersheim am Main	5
Bad Vilbel	4	Hessisch Lichtenau	1
Bad Wildungen	2	Heppenheim (Bergstraße)	3
Baunatal	2	Herborn	2
Bebra	1	Heusenstamm	4
Bensheim	3	Hochheim am Main	5
Biedenkopf	2	Hofgeismar	1
Birkenau	2	Hofheim am Taunus	4
Bischofsheim	4	Homburg (Efze)	1
Borken (Hessen)	1	Hünfeld	1
Bruchköbel	3	Hungen	2
Büdingen	3	Idstein	3
Bürstadt	2	Karben	4
Büttelborn	3	Kassel	3
Buseck	2	Kaufungen	1
Butzbach	2	Kelkheim (Taunus)	5
Darmstadt	4	Kelsterbach	3
Dautphetal	2	Kirchhain	2
Dieburg	3	Königstein im Taunus	5
Dietzenbach	5	Korbach	2
Dillenburg	2	Kronberg im Taunus	5
Dreieich	4	Künzell	1
Eltville am Rhein	4	Lampertheim	3
Eppstein	5	Langen	4
Erbach	2	Langenselbold	2
Erlensee	3	Lauterbach (Hessen)	1
Eschborn	5	Lich	2
Eschwege	1	Limburg a. d. Lahn	2
Felsberg	1	Linden	3
Flörsheim am Main	5	Lohfelden	3
Frankenberg (Eder)	1	Lorsch	2
Frankfurt am Main	6	Maintal	5
Freigericht	2	Marburg	4
Friedberg (Hessen)	3	Melsungen	2
Friedrichsdorf	5	Michelstadt	3
Fritzlar	1	Mörfelden-Walldorf	4
Fulda	2	Mühlheim am Main	4
Fuldata	2	Mühltal	4
Geisenheim	3	Münster	3
Gelnhausen	2	Neu-Anspach	4
Gießen	3	Neuhof	1
Ginsheim-Gustavsburg	3	Nidda	2
Gladenbach	2	Nidderau	2

(Fortsetzung **Hessen**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Niedernhausen	5	Schwalmstadt	1
Neu-Isenburg	5	Seeheim-Jugenheim	4
Ober-Ramstadt	3	Seligenstadt	3
Obertshausen	4	Solms	2
Oberursel (Taunus)	4	Stadtallendorf	3
Oestrich-Winkel	3	Steinau an der Straße	2
Offenbach am Main	5	Taunusstein	4
Petersberg	1	Trebur	3
Pfungstadt	3	Usingen	4
Pohlheim	2	Vellmar	2
Raunheim	4	Viernheim	3
Reinheim	3	Wächtersbach	2
Riedstadt	3	Wald-Michelbach	2
Rodenbach	4	Weilburg	1
Rodgau	4	Weiterstadt	3
Rödermark	4	Wettenberg	2
Roßdorf	3	Wetzlar	2
Rotenburg a. d. Fulda	1	Wiesbaden	5
Rüsselsheim	4	Witzenhausen	2
Schlüchtern	2	Wolfhagen	1
Schwalbach am Taunus	5		

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Bergstraße	2	Bensheim, Birkenau, Bürstadt, Heppenheim (Bergstraße), Lampertheim, Lorsch, Viernheim, Wald-Michelbach
Darmstadt-Dieburg	3	Babenhausen, Dieburg, Griesheim, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Mühlthal, Münster, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Reinheim, Roßdorf, Seeheim-Jugenheim, Weiterstadt
Fulda	1	Fulda, Hünfeld, Künzell, Neuhof, Petersberg
Gießen	2	Buseck, Gießen, Grünberg, Hungen, Lich, Linden, Pohlheim, Wettenberg
Groß-Gerau	3	Bischofsheim, Büttelborn, Ginsheim-Gustavsburg, Groß-Gerau, Kelsterbach, Mörfelden-Walldorf, Raunheim, Riedstadt, Rüsselsheim, Trebur
Hersfeld-Rotenburg	1	Bad Hersfeld, Bebra, Rotenburg a. d. Fulda
Hochtaunuskreis	4	Bad Homburg v. d. Höhe, Friedrichsdorf, Königstein im Taunus, Kronberg im Taunus, Neu-Anspach, Oberursel (Taunus), Usingen
Kassel	1	Baunatal, Fuldata, Hofgeismar, Kaufungen, Lohfelden, Vellmar, Wolfhagen
Lahn-Dill-Kreis	1	Aßlar, Dillenburg, Haiger, Herborn, Solms, Wetzlar
Limburg-Weilburg	1	Bad Camberg, Hadamar, Limburg a. d. Lahn, Weilburg
Main-Kinzig-Kreis	2	Bad Soden-Salmünster, Bruchköbel, Erlensee, Freigericht, Gelnhausen, Gründau, Hanau, Langenselbold, Maintal, Nidderau, Rodenbach, Schlüchtern, Steinau an der Straße, Wächtersbach

(Fortsetzung **Hessen**)

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Main-Taunus-Kreis	5	Bad Soden am Taunus, Eppstein, Eschborn, Flörsheim am Main, Hattersheim am Main, Hochheim am Main, Hofheim am Taunus, Kelkheim (Taunus), Schwalbach am Taunus
Marburg-Biedenkopf	2	Biedenkopf, Dautphetal, Gladenbach, Kirchhain, Marburg, Stadtallendorf
Odenwaldkreis	2	Erbach, Michelstadt
Offenbach	3	Dietzenbach, Dreieich, Hainburg, Heusenstamm, Langen, Mühlheim am Main, Neu-Isenburg, Obertshausen, Rodgau, Rödermark, Seligenstadt
Rheingau-Taunus-Kreis	3	Bad Schwalbach, Eltville am Rhein, Geisenheim, Idstein, Niedernhausen, Oestrich-Winkel, Taunusstein
Schwalm-Eder-Kreis	1	Borken (Hessen), Felsberg, Fritzlar, Homberg (Efze), Melsungen, Schwalmstadt
Vogelsbergkreis	1	Alsfeld, Lauterbach (Hessen)
Waldeck-Frankenberg	1	Arolsen, Bad Wildungen, Frankenberg (Eder), Korbach
Werra-Meißner-Kreis	1	Eschwege, Hessisch Lichtenau, Witzenhausen
Wetteraukreis	2	Bad Nauheim, Bad Vilbel, Büdingen, Butzbach, Friedberg (Hessen), Karben, Nidda

Niedersachsen

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Achim	3	Bückeburg	2
Aerzen	1	Burgdorf	3
Alfeld (Leine)	2	Burgwedel	3
Aurich	2	Buxtehude	4
Bad Bentheim	2	Celle	4
Bad Essen	1	Clausthal-Zellerfeld	3
Bad Gandersheim	2	Cloppenburg	1
Bad Harzburg	3	Cremlingen	3
Bad Lauterberg im Harz	2	Cuxhaven	3
Bad Münder am Deister	2	Damme	1
Bad Pyrmont	3	Dassel	1
Bad Salzdetfurth	2	Delmenhorst	4
Bad Zwischenahn	2	Diepholz	2
Barsinghausen	3	Drochtersen	2
Bassum	2	Duderstadt	1
Belm	2	Edemissen	1
Bergen	2	Edewecht	2
Bissendorf	1	Einbeck	2
Bockenem	2	Emden	3
Bohmte	1	Emmerthal	1
Bovenden	3	Fallingb.ostel	2
Bramsche	1	Friesoythe	1
Brake (Unterweser)	3	Ganderkesee	3
Braunschweig	3	Garbsen	4
Bremervörde	3	Georgsmarienhütte	2
Buchholz i. d. Nordheide	5	Gehrden	3

(Fortsetzung **Niedersachsen**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Gifhorn	3	Oldenburg (Oldenburg)	4
Goslar	3	Osnabrück	3
Göttingen	4	Osterode am Harz	2
Großefehn	1	Osterholz-Scharmbeck	3
Großenkneten	2	Oyten	3
Hagen am Teutobg. Wald	1	Papenburg	1
Hameln	3	Pattensen	3
Hannover	4	Peine	2
Haren (Ems)	1	Quakenbrück	1
Harsum	2	Rastede	2
Haselünne	1	Rhauderfehn	1
Helmstedt	2	Rinteln	1
Hemmingen	4	Ritterhude	3
Herzberg am Harz	2	Ronnenberg	4
Hessisch Oldendorf	1	Rosdorf	3
Hildesheim	4	Rosengarten	5
Holzminden	2	Rotenburg (Wümme)	3
Hude (Oldenburg)	2	Salzgitter	3
Ihlow	1	Salzhemmendorf	1
Ilsede	1	Sarstedt	3
Isernhagen	4	Scheeßel	2
Jever	2	Schiffdorf	2
Jork	4	Schneverdingen	3
Königslutter am Elm	2	Schöningen	1
Krummhörn	1	Schortens	2
Laatzen	4	Schwanewede	4
Langelsheim	2	Seelze	4
Langen	3	Seesen	2
Langenhagen	4	Seevetal	5
Langwedel	2	Sehnde	3
Leer (Ostfriesland)	3	Soltau	2
Lehre	2	Springe	3
Lehrte	2	Stadthagen	2
Lengede	1	Stade	4
Lilienthal	3	Stuhr	3
Lingen (Ems)	2	Südbrookmerland	1
Löningen	1	Sulingen	1
Lohne (Oldenburg)	1	Syke	2
Loxstedt	3	Tostedt	4
Lüneburg	4	Twistringen	1
Melle	2	Uelzen	3
Meppen	1	Uetze	3
Moormerland	1	Uslar	1
Münden	2	Varel	2
Munster	3	Vechede	2
Neu Wulmstorf	4	Vechta	1
Neustadt am Rübenberge	3	Verden (Aller)	3
Nienburg (Weser)	3	Vienenburg	2
Norden	3	Visselhövede	2
Nordenham	3	Wallenhorst	1
Nordstemmen	2	Walsrode	3
Nordhorn	2	Wardenburg	2
Northeim	2	Wedemark	3
Obernkirchen	1		

(Fortsetzung **Niedersachsen**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Weener	1	Winsen (Aller)	2
Wennigsen (Deister)	3	Winsen (Luhe)	5
Westerstede	2	Wittingen	1
Westoverledingen	1	Wittmund	2
Weyhe	3	Wolfenbüttel	3
Wiefelstede	2	Wolfsburg	3
Wiesmoor	1	Wunstorf	2
Wildeshausen	2	Zetel	2
Wilhelmshaven	3	Zeven	3

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Ammerland	2	Bad Zwischenahn, Edeweicht, Rastede, Westerstede, Wiefelstede
Aurich	1	Aurich, Großenfehn, Ihlow, Krummhörn, Norden, Südbrookmerland, Wiesmoor
Celle	2	Bergen, Celle, Winsen (Aller)
Cloppenburg	1	Cloppenburg, Friesoythe, Lönigen
Cuxhaven	2	Cuxhaven, Langen, Loxstedt, Schiffdorf
Diepholz	1	Bassum, Diepholz, Stuhr, Sulingen, Syke, Twistringen, Weyhe
Emsland	1	Haren (Ems), Haselünne, Lingen (Ems), Meppen, Papenburg
Friesland	2	Jever, Schortens, Varel, Zetel
Gifhorn	1	Gifhorn, Wittingen
Göttingen	2	Bovenden, Duderstadt, Göttingen, Münden, Rosdorf
Goslar	2	Bad Harzburg, Clausthal-Zellerfeld, Goslar, Langelsheim, Seesen, Vienenburg
Grafschaft Bentheim	1	Bad Bentheim, Nordhorn
Hameln-Pyrmont	1	Aerzen, Bad Münder am Deister, Bad Pyrmont, Emmerthal, Hameln, Hessisch Oldendorf, Salzhemmendorf
Harburg	3	Buchholz i. d. Nordheide, Neu Wulmstorf, Rosengarten, Seevetal, Tostedt, Winsen (Luhe)
Helmstedt	1	Helmstedt, Königslutter am Elm, Lehre, Schöningen
Hildesheim	2	Alfeld (Leine), Bad Salzdetfurth, Bockenem, Harsum, Hildesheim, Nordstemmen, Sarstedt
Holzminden	1	Holzminden
Leer	1	Leer (Ostfriesland), Moormerland, Rhaderfehn, Weener, Westoverledingen
Lüchow-Dannenberg	2	—
Lüneburg	2	Lüneburg
Nienburg (Weser)	1	Nienburg (Weser)
Northeim	1	Bad Gandersheim, Dassel, Einbeck, Northeim, Uslar
Oldenburg (Oldenburg)	2	Ganderkesee, Großenkneten, Hude (Oldenburg), Wardenburg, Wildeshausen

(Fortsetzung **Niedersachsen**)

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Osnabrück	1	Bad Essen, Belm, Bissendorf, Bohmte, Bramsche, Georgsmarienhütte, Hagen am Teutoburger Wald, Quakenbrück, Melle, Wallenhorst
Osterholz	3	Lilienthal, Osterholz-Scharmbeck, Ritterhude, Schwanewede
Osterode am Harz	2	Bad Lauterberg im Harz, Herzberg am Harz, Osterode am Harz
Peine	1	Edemissen, Ilsede, Lengede, Peine, Vechelde
Rotenburg (Wümme)	2	Bremervörde, Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Visselhövede, Zeven
Schaumburg	1	Bückeburg, Obernkirchen, Rinteln, Stadthagen
Soltau-Fallingbostal	2	Fallingbostal, Munster, Schneverdingen, Soltau, Walsrode
Stade	2	Buxtehude, Drochtersen, Jork, Stade
Uelzen	2	Uelzen
Vechta	1	Damme, Lohne (Oldenburg), Vechta
Verden	2	Achim, Langwedel, Oyten, Verden (Aller)
Wesermarsch	3	Brake (Unterweser), Nordenham
Wittmund	2	Wittmund
Wolfenbüttel	2	Cremlingen, Wolfenbüttel

Nordrhein-Westfalen

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Aachen	4	Bergheim	3
Ahaus	1	Bergisch Gladbach	4
Ahlen	3	Bergkamen	3
Aldenhoven	3	Bergneustadt	3
Alfter	4	Bestwig	2
Alpen	3	Beverungen	1
Alsdorf	3	Bielefeld	3
Altena	3	Blomberg	1
Arnsberg	2	Bocholt	3
Ascheberg	2	Bochum	3
Attendorn	2	Bönen	3
Bad Berleburg	2	Bonn	5
Bad Driburg	1	Borchen	1
Bad Honnef	3	Borken	2
Bad Laasphe	2	Bornheim	4
Bad Lippspringe	2	Bottrop	3
Bad Münstereifel	2	Brakel	1
Bad Oeynhausen	2	Brilon	1
Bad Salzuflen	3	Brüggen	3
Baesweiler	3	Brühl	4
Balve	3	Bünde	2
Beckum	2	Büren	1
Bedburg	3	Burbach	2
Bedburg-Hau	2	Burscheid	3

(Fortsetzung **Nordrhein-Westfalen**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Castrop-Rauxel	3	Haltern	3
Coesfeld	2	Halver	3
Datteln	3	Hamm	3
Delbrück	1	Hamminkeln	2
Detmold	3	Harsewinkel	2
Dinslaken	3	Hattingen	3
Dormagen	4	Heiligenhaus	4
Dorsten	3	Heinsberg	3
Dortmund	3	Hemer	3
Drensteinfurt	2	Hennef (Sieg)	3
Drolshagen	2	Herdecke	4
Dülmen	2	Herford	2
Düren	3	Herne	3
Düsseldorf	5	Herten	3
Duisburg	3	Herzebrock	2
Eitorf	3	Herzogenrath	3
Elsdorf	3	Hiddenhausen	1
Emmerich	2	Hilchenbach	2
Emsdetten	2	Hilden	4
Engelskirchen	3	Hille	1
Enger	1	Hörstel	1
Ennepetal	3	Hövelhof	1
Ennigerloh	2	Holzwickede	3
Erfstadt	4	Horn-Bad Meinberg	2
Erkelenz	3	Höxter	2
Erkrath	4	Hückelhoven	2
Erwitte	1	Hückeswagen	3
Eschweiler	3	Hüllhorst	1
Espelkamp	3	Hünxe	3
Essen	4	Hürth	4
Euskirchen	3	Ibbenbüren	2
Extertal	1	Iserlohn	3
Finnentrop	1	Issum	2
Frechen	4	Jüchen	3
Freudenberg	3	Jülich	2
Fröndenberg	3	Kaarst	4
Geilenkirchen	3	Kalkar	2
Geldern	3	Kalletal	1
Gelsenkirchen	3	Kamen	3
Gescher	1	Kamp-Lintfort	3
Geseke	1	Kempen	3
Gevelsberg	3	Kerken	3
Gladbeck	3	Kerpen	3
Goch	2	Kevelaer	3
Grefrath	3	Kierspe	3
Greven	2	Kirchhundem	1
Grevenbroich	3	Kirchlengern	1
Gronau (Westf.)	2	Kleve	2
Gütersloh	2	Köln	4
Gummersbach	3	Königswinter	3
Haan	4	Korschenbroich	3
Hagen	3	Krefeld	4
Halle (Westf.)	2	Kreuztal	3

(Fortsetzung **Nordrhein-Westfalen**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Kreuzau	2	Nottuln	2
Kürten	3	Nümbrecht	3
Lage	2	Oberhausen	3
Langenfeld (Rhld.)	4	Ochtrup	1
Langerwehe	2	Odenthal	4
Leichlingen (Rhld.)	3	Oelde	1
Lemgo	2	Oer-Erkenschwick	3
Lengerich	2	Oerlinghausen	2
Lennestadt	2	Olpe	2
Leopoldshöhe	1	Olsberg	1
Leverkusen	3	Overath	3
Lindlar	3	Paderborn	2
Linnich	2	Petershagen	1
Lippetal	1	Plettenberg	3
Lippstadt	2	Porta Westfalica	2
Löhne	2	Preußisch Oldendorf	1
Lohmar	3	Pulheim	4
Lotte	1	Radevormwald	3
Lübbecke	2	Rahden	1
Lüdenscheid	3	Ratingen	4
Lüdinghausen	2	Recklinghausen	3
Lügde	1	Rees	2
Lünen	3	Reichshof	3
Marienheide	3	Reken	1
Marl	3	Remscheid	4
Marsberg	1	Rheda-Wiedenbrück	2
Mechernich	2	Rhede	2
Meckenheim	4	Rheinbach	3
Meerbusch	4	Rheinberg	3
Meinerzhagen	3	Rheine	2
Menden (Sauerland)	3	Rietberg	2
Meschede	2	Rösrath	4
Mettingen	1	Rommerskirchen	3
Mettmann	4	Rüthen	1
Minden	2	Sankt Augustin	4
Mönchengladbach	3	Salzkotten	1
Moers	3	Schalksmühle	3
Monheim	4	Schermbeck	3
Monschau	2	Schleiden	2
Much	3	Schloß Holte-Stukenbrock	2
Mülheim a. d. Ruhr	4	Schmallenberg	1
Münster	4	Schwalmtal	3
Netphen	2	Schwelm	3
Nettetal	3	Schwerte	3
Neuenkirchen	1	Selm	3
Neuenrade	3	Senden	2
Neukirchen-Vluyn	4	Sendenhorst	2
Neunkirchen	2	Siegburg	4
Neunkirchen-Seelscheid	3	Siegen	3
Neuss	4	Simmerath	2
Niederkassel	3	Soest	3
Niederkrüchten	3	Solingen	4
Niederzier	2	Spenge	2

(Fortsetzung **Nordrhein-Westfalen**)

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Sprockhövel	3	Warstein	1
Stadtlohn	1	Wassenberg	2
Steinfurt	2	Wegberg	2
Steinhagen	2	Weilerswist	3
Steinheim	1	Welver	1
Stemwede	1	Wenden	1
Stolberg (Rhld.)	3	Werdohl	3
Straelen	2	Werl	3
Sundern (Sauerland)	2	Wermelskirchen	3
Swisttal	3	Werne	3
Telgte	3	Werther (Westf.)	2
Tönisvorst	3	Wesel	3
Troisdorf	3	Wesseling	3
Übach-Palenberg	3	Wetter (Ruhr)	3
Unna	3	Wickede (Ruhr)	2
Velbert	3	Wiehl	3
Verl	2	Willich	4
Versmold	2	Wilnsdorf	2
Viersen	3	Windeck	3
Vlotho	1	Winterberg	1
Voerde (Niederrhein)	3	Wipperfürth	3
Vreden	1	Witten	3
Wachtberg	4	Wülfrath	3
Wadersloh	2	Würselen	4
Waldbröl	3	Wuppertal	4
Waltrop	3	Xanten	3
Warburg	1	Zülpich	2
Warendorf	2		

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Aachen	2	Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Simmerath, Stolberg (Rhld.), Würselen
Borken	1	Ahaus, Bocholt, Borken, Gescher, Gronau (Westf.), Reken, Rhede, Stadtlohn, Vreden
Coesfeld	2	Ascheberg, Coesfeld, Dülmen, Lüdinghausen, Nottuln, Senden
Düren	2	Aldenhoven, Düren, Jülich, Kreuzau, Langerwehe, Lin- nich, Niederzier
Ennepe-Ruhr-Kreis	3	Ennepetal, Gevelsberg, Hattingen, Herdecke, Schwelm, Sprockhövel, Wetter (Ruhr), Witten
Euskirchen	2	Bad Münstereifel, Euskirchen, Mechernich, Schleiden, Weilerswist, Zülpich
Gütersloh	2	Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Herzebrock, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Verl, Versmold, Werther (Westf.)

(Fortsetzung **Nordrhein-Westfalen**)

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Heinsberg	2	Erkelenz, Geilenkirchen, Heinsberg, Hückelhoven, Übach-Palenberg, Wassenberg, Wegberg
Herford	1	Bünde, Enger, Herford, Hiddenhausen, Kirchlegern, Löhne, Spenge, Vlotho
Hochsauerlandkreis	1	Arnsberg, Bestwig, Brilon, Marsberg, Meschede, Olsberg, Schmallenberg, Sundern (Sauerland), Winterberg
Höxter	1	Bad Driburg, Beverungen, Brakel, Höxter, Steinheim, Warburg
Kleve	2	Bedburg-Hau, Emmerich, Geldern, Goch, Issum, Kalkar, Kerken, Kevelaer, Kleve, Rees, Straelen
Lippe	1	Bad Salzuflen, Blomberg, Detmold, Extertal, Horn-Bad Meinberg, Kalletal, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe, Lügde, Oerlinghausen
Märkischer Kreis	3	Altena, Balve, Halver, Hemer, Iserlohn, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Menden (Sauerland), Neuenrade, Plettenberg, Schalksmühle, Werdohl
Oberbergischer Kreis	3	Bergneustadt, Engelskirchen, Gummersbach, Hückeswagen, Lindlar, Marienheide, Nümbrecht, Radevormwald, Reichshof, Waldbröl, Wiehl, Wipperfürth
Paderborn	1	Bad Lippspringe, Borcheln, Büren, Delbrück, Hövelhof, Paderborn, Salzkotten
Rhein-Sieg-Kreis	3	Alfter, Bad Honnef, Bornheim, Eitorf, Hennef (Sieg), Königswinter, Lohmar, Meckenheim, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Niederkassel, Rheinbach, Sankt Augustin, Siegburg, Swisttal, Troisdorf, Wachtberg, Windeck
Siegen-Wittgenstein	2	Bad Berleburg, Bad Laasphe, Burbach, Freudenberg, Hilchenbach, Kreuztal, Netphen, Neunkirchen, Siegen, Wilnsdorf
Soest	1	Erwitte, Geseke, Lippetal, Lippstadt, Rüthen, Soest, Warstein, Welver, Werl, Wickede (Ruhr)
Steinfurt	1	Emsdetten, Greven, Hörstel, Ibbenbüren, Lengerich, Lotte, Mettingen, Neuenkirchen, Ochtrup, Rheine, Steinfurt
Warendorf	2	Ahlen, Beckum, Drensteinfurt, Ennigerloh, Oelde, Sendenhorst, Telgte, Wadersloh, Warendorf
Wesel	3	Alpen, Dinslaken, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Moers, Neukirchen-Vluyn, Rheinberg, Schermbeck, Voerde (Niederrhein), Wesel, Xanten

Rheinland-Pfalz

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Alzey	2	Lahnstein	3
Andernach	2	Landau in der Pfalz	3
Bad Dürkheim	3	Ludwigshafen am Rhein	3
Bad Kreuznach	3	Mainz	5
Bad Neuenahr-Ahrweiler	3	Mayen	2
Bendorf	2	Montabaur	2
Betzdorf	2	Mutterstadt	3
Bingen am Rhein	3	Neustadt a. d. Weinstraße	3
Bitburg	2	Neuwied	2
Böhl-Iggelheim	2	Pirmasens	2
Boppard	2	Remagen	3
Frankenthal (Pfalz)	3	Schifferstadt	2
Germersheim	3	Sinzig	2
Grünstadt	2	Speyer	3
Haßloch	2	Trier	3
Idar-Oberstein	2	Wittlich	2
Ingelheim am Rhein	3	Wörth am Rhein	2
Kaiserslautern	3	Worms	3
Koblenz	3	Zweibrücken	2
Konz	2		

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Ahrweiler	2	Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen, Sinzig
Altenkirchen (Westerwald)	1	Betzdorf
Alzey-Worms	2	Alzey
Bad Dürkheim	2	Bad Dürkheim, Grünstadt, Haßloch
Bad Kreuznach	2	Bad Kreuznach
Bernkastel-Wittlich	1	Wittlich
Birkenfeld	2	Idar-Oberstein
Bitburg-Prüm	1	Bitburg
Cochem-Zell	1	—
Daun	1	—
Donnersbergkreis	2	—
Germersheim	2	Germersheim, Wörth am Rhein
Kaiserslautern	2	—
Kusel	2	—
Ludwigshafen	2	Böhl-Iggelheim, Mutterstadt, Schifferstadt
Mainz-Bingen	3	Bingen am Rhein, Ingelheim am Rhein
Mayen-Koblenz	2	Andernach, Bendorf, Mayen
Neuwied	2	Neuwied
Pirmasens	1	—
Rhein-Hunsrück-Kreis	1	Boppard
Rhein-Lahn-Kreis	2	Lahnstein
Südliche Weinstraße	2	—
Trier-Saarburg	1	Konz
Westerwaldkreis	1	Montabaur

Saarland

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Beckingen	2	Ottweiler	2
Bexbach	3	Püttlingen	2
Blieskastel	2	Quierschied	3
Dillingen/Saar	3	Rehlingen-Siersburg	2
Eppelborn	2	Riegelsberg	2
Friedrichsthal	2	Saarbrücken	4
Großrosseln	2	Saarlouis	3
Heusweiler	2	Saarwellingen	3
Homburg	4	Sankt Ingbert	3
Illingen	3	Sankt Wendel	3
Kleinblittersdorf	2	Schiffweiler	2
Lebach	2	Schmelz	2
Losheim	2	Schwalbach	2
Mandelbachtal	2	Spiesen-Elversberg	2
Marpingen	2	Sulzbach/Saar	2
Merchweiler	2	Tholey	1
Merzig	2	Überherrn	2
Mettlach	2	Völklingen	3
Neunkirchen	3	Wadern	2
Nohfelden	1	Wadgassen	2

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Merzig-Wadern	2	Beckingen, Losheim, Merzig, Mettlach, Wadern
Saarlouis	2	Dillingen/Saar, Lebach, Rehlingen-Siersburg, Saarlouis, Saarwellingen, Schmelz, Schwalbach, Überherrn, Wadgassen
Saar-Pfalz-Kreis	2	Bexbach, Blieskastel, Homburg, Mandelbachtal, Sankt Ingbert
Sankt Wendel	1	Marpingen, Nohfelden, Sankt Wendel, Tholey

Schleswig-Holstein

Gemeinde	Mieten- stufe	Gemeinde	Mieten- stufe
Ahrensburg	5	Kronshagen	4
Bad Oldesloe	5	Lauenburg/Elbe	4
Bad Schwartau	5	Lübeck, Hansestadt	5
Bad Segeberg	4	Mölln	4
Bargteheide	5	Neumünster	4
Barsbüttel	5	Neustadt in Holstein	4
Brunsbüttel	3	Norderstedt	6
Büdelsdorf	4	Pinneberg	5
Eckernförde	4	Plön	5
Elmshorn	4	Preetz	4
Eutin	4	Quickborn	5
Flensburg	4	Ratekau	4
Geesthacht	4	Ratzeburg	4
Glinde	5	Reinbek	4
Glückstadt	4	Rellingen	6
Halstenbek	6	Rendsburg	4
Harrisee	4	Schenefeld	6
Heide	3	Schleswig	3
Henstedt-Ulzburg	5	Schwarzenbek	4
Husum	4	Stockelsdorf	4
Itzehoe	4	Uetersen	5
Kaltenkirchen	4	Wedel (Holstein)	6
Kiel	5		

Kreis	Mieten- stufe	ohne die Gemeinden
Dithmarschen	2	Brunsbüttel, Heide
Herzogtum Lauenburg	4	Geesthacht, Lauenburg/Elbe, Mölln, Ratzeburg, Schwarzenbek
Nordfriesland	3	Husum
Ostholstein	4	Bad Schwartau, Eutin, Neustadt in Holstein, Ratekau, Stockelsdorf
Pinneberg	5	Elmshorn, Halstenbek, Pinneberg, Quickborn, Rellingen, Schenefeld, Uetersen, Wedel (Holstein)
Plön	4	Plön, Preetz
Rendsburg-Eckernförde	3	Büdelsdorf, Eckernförde, Kronshagen, Rendsburg
Schleswig-Flensburg	2	Harrisee, Schleswig
Segeberg	4	Bad Segeberg, Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Norderstedt
Steinburg	3	Glückstadt, Itzehoe
Stormarn	4	Ahrensburg, Bad Oldesloe, Bargteheide, Barsbüttel, Glinde, Reinbek

**Berichtigung
der Sechzehnten Verordnung
zur Änderung der Milch-Garantiemengen-Verordnung
Vom 7. August 1990**

Die Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Milch-Garantiemengen-Verordnung vom 3. Juli 1990 (BGBl. I S. 1334) ist wie folgt zu berichtigen:

In Artikel 4 Abs. 2 ist die Angabe „Buchstabe b“ durch die Angabe „Buchstabe b und c“ zu ersetzen.

Bonn, den 7. August 1990

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Im Auftrag
Roggenkamp

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, Postfach 1320, 5300 Bonn 1, Telefon: (0228) 38208-0
Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 9,08 DM (7,68 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 10,08 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 474. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Juli 1990, ist im Bundesanzeiger Nr. 150 vom 14. August 1990 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie die Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 150 vom 14. August 1990 kann zum Preis von 5,80 DM (4,30 DM + 1,50 DM Versandkosten einschl. 7% Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 (BLZ 370 100 50) bezogen werden.